



Blüm: Rückenwind für die CDU in Nordrhein-Westfalen

Der Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ bedeutet für die CDU in Nordrhein-Westfalen einen starken Rückenwind. Viele unserer Mitglieder haben sich in diesem Wahlkampf engagiert: Freunde helfen Freunden. Es hat sich gezeigt, daß man mit Engagement die Welt verändern kann. Es liegt in unserer Hand, Wahlen erfolgreich zu bestehen — gegen alle Prognosen! Laßt die SPD ruhig Siegerin bei Infas sein — wir wollen es bei den Wahlen sein. Es darf niemanden überraschen, daß die Wahlprognosen der Meinungsbefragungsinstitute so deutlich widerlegt wurden. Denn in einer so bewegten Zeit ist der Erkenntniswert von Prognosen ziemlich reduziert.

Die Angstkampagne der Sozialdemokraten, insbesondere die ihres Spitzenkandidaten Lafontaine, hat nicht gezogen. Es hat sich nicht als erfolgreich erwiesen, das Nationale gegen das Soziale auszuspielen. Auch die Doppelstrategie: Für das eine Bedürfnis Brandt, für das andere Lafontaine, hat bei den Wählern keinen Anklang gefunden. Unsere Mitbürger in der DDR wollen die nationale Einheit und sie wollen sozial gesicherte Lebensverhältnisse. In diesem Bestreben lassen sie sich von niemandem beirren. Sie wollen die Einheit der Freiheit und sozialen Sicherheit wegen, und sie wollen die Freiheit der Einheit wegen. Insofern war die Wahl in der DDR auch eine eindrucksvolle Entscheidung gegen die Lafontainsche Strategie des Abriegelns und des Hinhaltens und ein eindeutiges Votum für die Politik der Einheit von Helmut Kohl.

Die Wahl in der DDR brachte zwei Richtungentscheidungen:

- 1 Vereinigung der beiden Teile Deutschlands ohne Umwege. Deutschland einig Vaterland.
- 2 Eine Bestätigung der sozialen Marktwirtschaft. Die Menschen haben kein Verständnis mehr für sozialistische Experimente.

Allen sozialistischen Spielarten ist das Mißtrauen gegenüber dem Individuum, gegenüber individuellen Lösungen gemeinsam. Die Menschen wissen: Überall auf der Welt sind die sozialistischen Modelle gescheitert, einschließlich des sozialdemokratischen Modells Schweden, das erst vor ein paar Wochen seinen Offenbarungseid leisten mußte. Die sozialistischen Modelle sind in der Sackgasse.

Noch vor wenigen Wochen hatte Friedhelm Farthmann getönt, daß mit einem starken Vertrauensbeweis für die SPD in der DDR bei uns — wie er sich ausdrückte — „endlich das Gerede der CDU entlarvt“ werde, der Sozialismus sei am Ende. Farthmann irrite sich — wieder einmal. Das eindeutige Wahlergebnis zeigt: Auch die Menschen in der DDR sind der Meinung, der Sozialismus in all seinen Varianten hat abgewirtschaftet.

Die CDU Nordrhein-Westfalen geht darum gestärkt in die Entscheidung auch hinzulande. Wenn unsere Mitglieder so engagiert kämpfen, wie sie dies in den zurückliegenden Wochen getan haben, dann werden wir die gleichen Veränderungen schaffen können, die die Bürger in der DDR bereits geschafft haben.

Herbert Reul, MdL

Argumente zur SPD-Rotstift-Politik im Schulbereich

1. Schulsterben:

In den letzten 10 Jahren sind **450 Schulen geschlossen** worden, davon 380 Hauptschulen. Ursachen sind vor allem: Die SPD hält an einem antiquierten Schulrecht fest, das noch aus der Zeit der geburtenstarken Jahrgänge stammt. Die von der SPD forcierte Durchsetzung der Gesamtschule führt zur Schließung von Schulen des gegliederten Schulwesens.

2. Unterrichtsausfall und Lehrermangel:

Jede Woche fallen **300 000 Unterrichtsstunden** aus. Umgerechnet auf ein Schuljahr sind das rund 11,5 Millionen Stunden. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist NRW **Schlüßlicht**. Um den Bundesdurchschnitt zu erreichen, müßte NRW ca. 12 000 Lehrer einstellen.

Verantwortlich für diese dramatischen Probleme ist der **massive Stellenabbau** im Schulbereich, dem seit 1981 mehr als 15 000 Lehrerstellen zum Opfer gefallen sind.

Landshaushalt 1990:

■ Im Jahr 1990 werden rund 3 000 Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden. Als Ersatz dafür sind 1 730 Einstellungen geplant. Am Ende dieses Jahres werden also 1 270 Lehrer weniger unterrichten.

- 1 400 Stellen werden durch Erziehungsurlaub frei, nur 750 Ersatz-Einstellungen sind vorgesehen.
- Durch Aus- und Übersiedlerkinder hat sich die Schülerzahl um ca. 45 000 erhöht. Dafür sind nur 700 Neueinstellungen geplant, davon 350 vorrangig für die Gesamtschulen, die jedoch nur 3 Prozent der Aus- und 1 Prozent der Übersiedlerkinder aufnehmen.
- Die 2. Stufe der Arbeitszeitverkürzung (1. August 1990) erfordert 1 200 Lehrerstellen als Ausgleich, doch keine einzige neue Stelle wird geschaffen, lediglich k.w.-Vermerke werden gestrichen.

Ergebnis: Unterrichtsausfall und Lehrermangel werden sich weiter verschärfen.

Vor diesem Hintergrund sind die neuen **SPD-Vorschläge** nichts anderes als Ablenkungsmanöver:

- SPD-Fraktionschef Farthmann fordert die „**Dezentralisierung**“ (stärkere Beteiligung der Kommunen bei der Lehrerzuweisung, „Aachener Nachrichten“ vom 17. Januar 1990): Dieser Vorschlag ist der durchsichtige Versuch, die von der SPD in Düsseldorf verursachten Probleme durch die Kommunen ausbaden zu lassen.
- Finanzminister Schleußer kritisiert in seinem Brief an die SPD-Landtagsfraktion (Presseberichte 21. März 1990)

das Verfahren der Zuweisung und Verteilung der Lehrer: Wenn überall im Land Unterrichtsausfall und Lehrermangel herrschen, hilft jedoch die gleichmäßige Verteilung des Mangels nicht.

3. SPD-Schulpolitik auf dem Weg zur Einheitsschule:

Die SPD-Bildungsideologen wollen die Einheitsschule für alle Kinder. Gesamtschule und Kollegschule sollen das gegliederte Schulwesen ersetzen (so der Beschuß der Bildungskommission der Bundes-SPD vom 11. März 1986).

Dieses Ziel wird konsequent umgesetzt. Vor allem dadurch, daß

- die Profile von **Hauptschule, Realschule und Gymnasium** nivelliert werden (Angleichung der Lehrpläne, Stufenlehrerausbildung),

- das Übergangsverfahren nach der **Grundschule** den Eltern nachvollziehbare Kriterien vorenthält und die Hauptschule diskriminiert (kein eigenes Gutachten),

- die **Hauptschule** stiefmütterlich behandelt wird, ihre Abschlüsse (nach Klasse 9 und 10 A) auch von anderen Schulformen vergeben werden, die dort entwickelten pädagogischen Entwicklungen (Betriebspraktika, Projektunterricht usw.) auch von anderen Schulformen übernommen werden können. Durch Versetzungen und Schulschließungen werden die Hauptschulen massiv verunsichert.

4. Schulpolitische Zwei-Klassen-Gesellschaft:

Ein wichtiger Bestandteil der SPD-

Strategie ist die bedenkenlose Bevorzugung der Gesamtschule gegenüber den Schulformen des gegliederten Schulwesens. Der von Dr. Dammeyer behauptete „Niedergang“ des gegliederten Schulwesens (23. Oktober 1989) soll durch ungerechte Benachteiligung von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien erst herbeigeführt werden.

Wichtigste **Privilegien** der Gesamtschule:

- **Beste Schüler-Lehrer-Relationen:** Dort kommt in der Sekundarstufe I 1 Lehrer auf 18,6 Schüler/innen, während die Relation bei der Hauptschule 22 (Klassen 5 bis 8) bzw. 18 (Klassen 9 und 10), bei der Realschule 22,4 und beim Gymnasium in der Sekundarstufe I 20,5 beträgt.

- **Geringster Unterrichtsausfall:** Im Schuljahr 1988/89 lag er dort nur bei 0,9 Prozent. Zum Vergleich: Hauptschulen 1,9 Prozent, Realschulen 2,5 Prozent, Gymnasien 2,7 Prozent.

- Die Gesamtschule ist nach der geltenden Rechtslage die einzige Schulform, die **in der Regel als Ganztagschule** geführt wird (§ 4e Schulverwaltungsgesetz). Dagegen müssen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasium mühsam um die Umwandlung in eine Ganztagschule kämpfen.

Diese Privilegien der Gesamtschule kommen den Steuerzahler unseres Landes teuer zu stehen: Von 1969 bis 1989 hat die Gesamtschulpolitik der SPD rund **953 Mio. DM** an **zusätzlichen Kosten** verursacht. Ca. 332 Mio. DM sind auf die bessere Lehrerversorgung, die restlichen 621 Mio. DM auf die Ganztagsform der Gesamtschule zurückzu-

führen. Allein der Ausbau der jetzt schon bestehenden Gesamtschulen bis zur Klasse 13 wird weitere 580 Mio. DM verschlingen, davon rund 225 Mio. DM nur verursacht durch die bessere Lebensversorgung. Jede zusätzlich neu gegründete Gesamtschule verschlingt pro Jahr rund 700 000 DM an zusätzlichen Personalkosten.

Auch die ohnehin kläglichen Landesmittel für den Schulbau müssen für die Privilegierung der Gesamtschule herhalten. Von den 1989 bewilligten Zuschüs-

sen flossen fast 33 Prozent (rund 52 Millionen DM) in die 134 Gesamtschulen. Zum Vergleich: Die 3382 Grundschulen erhielten dagegen ca. 45 Millionen DM (Anteil an der Gesamtsumme 29 Prozent), obwohl sich hier nicht nur ein Modernisierungs-, sondern vor allem auch ein zunehmender Erweiterungsbedarf aufgestaut hat. Auf die 1059 Hauptschulen entfielen 8,5 Millionen DM (5,4 Prozent), die 530 Realschulen 6,2 Millionen DM (3,9 Prozent) und die 631 Gymnasien 7,1 Millionen DM (4,5 Prozent).

Termine

31. 3. 1990	9.30 Uhr	7. Landesparteitag CDU NRW Swissotel Rheinpark	Neuss
4. 4. 1990	19.00 Uhr	Betriebs- und Personalrätekonferenz CDA NRW Recklinghausen, Saalbau	
7. 4. 1990		CDU-Fete „Wir wollen den Wechsel am 13. Mai“ Vorprogramm Politik und Unterhaltung Information: Telefon (0211) 136 00 29	
19. 4. 1990	10.00 Uhr	Medienpolitischer Fachkongress der Senioren-Union der CDU NRW: „Älter werden in unserer Medien-Gesellschaft“	
8. 5. 1990	19.00 Uhr	Wahlkampf-Schluskkundgebung mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Spitzenkandidat Dr. Norbert Blüm Ruhrlandhalle	
ab	18.00 Uhr	Unterhaltsames Vorprogramm.	Bochum
8. 6. 1990		3. Landesdelegiertentagung der Senioren-Union der CDU NRW	